



Bunt ohne Braun im Landkreis Darmstadt-Dieburg fordert die Offenlegung der NSU-Akten in Hessen

Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten am 2. Juni dieses Jahres hat große Bestürzung ausgelöst. Nachdem Stephan Ernst, ein seit über 20 Jahren aktiver Neonazi, den Mord gestanden hat, wird seitens von Politik und Behörden erneut betont, dass nunmehr die rechte Szene besonders in den Fokus genommen wird.

Das begrüßen wir ausdrücklich, aber gleichzeitig wird offensichtlich, wie sehr in den letzten Jahrzehnten, trotz anderer Beteuerungen, zumindest weite Teile der Sicherheitsbehörden und besonders des Verfassungsschutzes auf dem "rechten Auge blind" waren.

Daran haben die zehn NSU-Morde und die hierzu eingerichteten Untersuchungsausschüsse nichts geändert. Zuerst wurden die Angehörigen und das Umfeld unter Verdacht gestellt und kriminalisiert. Selbst als das Terrornetz enttarnt wurde, wurde die Möglichkeit eines rechten Terrornetzwerks unverhältnismäßig lange negiert und zu lange an der Einzeltätertheorie festgehalten. Die Netzwerke und Unterstützer blieben unbeachtet. Der heutige Ministerpräsident Bouffier hat als damaliger Innenminister verhindert, dass der Verfassungsschutzmann Temme, der zur Zeit der Ermordung von Halit Yozgat in dessen Kasseler Internetcafé anwesend war, angehört werden konnte.

Offizielle Zahlen von rechter Gewalt und rechten Morden werden mit weniger als 50 beziffert, die aktiven Rechercheure nennen Zahlen von fast 200. Geschieht ein Verbrechen, wird meist der politische Zusammenhang negiert. Das gilt auch für Gewalt gegen Migranten. Selbst Hassbotschaften im Internet werden oft heruntergespielt. Wie kann es sein, dass fast 500 Haftbefehle gegen rechte Gewalttäter nicht vollstreckt werden? Wie kann es sein, dass die Behörden nicht zusammenarbeiten, Akten geschreddert werden? Was ist mit den Akten des Mörders des Regierungspräsidenten Walter Lübcke? Angeblich sind sie nicht vernichtet, dürfen aber nicht verwendet werden.

Nun da ein Vertreter des Staates Opfer geworden ist, geben Behörden und Politik zu, dass das rechte Spektrum von AfD und extremer Rechte deutlicher in das Zentrum der Ermittlungsarbeit einbezogen werden muss. Bisher, so seitens der Politik, sei diese

Problematik unterschätzt worden. Der Mord verdeutlicht die Dringlichkeit, die Auseinandersetzung mit der AfD und der extremen Rechten ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte zu rücken.

Wenn die Empörung gegen Rechte, die wir seit Bestehen der Bundesrepublik oft schmerzlich vermisst haben, ernst gemeint ist, dann muss gehandelt werden.

Alle Bekundungen gegen Rechts, die jetzt von Seiten der Politik zu hören sind, sollten an deren Handeln gemessen werden. Eine klare Abgrenzung gegenüber der AfD ist wichtig, denn sie hat deutlich dazu beigetragen, rechtes Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Das Schlimme daran: viele Forderungen der AfD wurden aufgegriffen, wie sich z.B. an der Verschärfung des Asylrechts, an der Sicherheitsdebatte und weiteren Beispielen zeigen lässt. Das geschieht aus opportunistischen Gründen, um Stimmen zu gewinnen.

Wenn sich heute Politiker aller Parteien als Kämpfer gegen Rechts gerieren, so sind das in Anbetracht ihrer Handlungen nichts als leere Worte. Wenn es ernst gemeint sein sollte, muss der Sperrvermerk vom Tisch, müssen die Akten zugänglich sein, muss die Rolle des Verfassungsschutzes geklärt werden, der über V-Leute mit unseren Steuergeldern die rechte Szene seit Jahrzehnten finanziert, bis letztes Jahr geleitet von jemandem, der mit den Rechten offenbar sympathisiert. Dann muss konsequent jede Vernetzung und Unterstützung aufgedeckt werden, auch in der Polizei, in der Bundeswehr, in der Verwaltung, kurz: in allen Bereichen.

Die Akten aus dem NSU Untersuchungsausschuss in Hessen waren ursprünglich für 120 Jahre gesperrt. 120 Jahre bedeuten, die Akten für 5 Generationen zu sperren. Wären die Akten aus der Zeit des Nationalsozialismus 1945 für 120 Jahre gesperrt worden, so könnten wir sie erst 2065 einsehen, in 46 Jahren.

Gestern wurde bekannt, dass die Sperrfristen auf 30 Jahre verkürzt werden. Der berechnete Anspruch auf eine schonungslose und umfassende Aufklärung der Verbrechen soll damit verhindert werden.

Wir fordern mit aller Deutlichkeit die Offenlegung der NSU-Akten in Hessen, denn anders kann eine Auseinandersetzung mit rechtem Terror in Deutschland nicht stattfinden.

Renate Dreesen
Sprecherin

Wolfgang Schäfer
Geschäftsführer

Postanschrift:
Jägertorstraße 207
64289 Darmstadt
Telefon 06071-881 2328
Fax 06071-881 2319
Email: info@bunt-ohne-braun.de